

Informationspflichten nach Art. 13 und 14 DSGVO

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch FIOR & GENTZ und die Ihnen zustehenden Datenschutzrechte nach der Datenschutz-Grundverordnung im Rahmen des Whistleblowing-Prozesses.

Name der verantwortlichen Stelle

FIOR & GENTZ Gesellschaft für Entwicklung und Vertrieb
von orthopädietechnischen Systemen mbH
Maren Droßmann
Dorette-von-Stern-Str. 5
21337 Lüneburg
maren.drossmann@fior-gentz.de
04131 24445-123

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Thorsten Ewald
HBSN GmbH
Schloßbergstraße 28
38315 Hornburg
datenschutz@hbsn-gruppe.de
05334 9488467

Zweck und Rechtsgrundlage

Wir stellen Hinweisgebern über das Hinweisgebersystem oder persönlich die Möglichkeit der Bereitstellung von Informationen zur Aufklärung von Verdachtsfällen über Regelverstöße und strafbare Handlungen (Korruption, Bestechung, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Geldwäsche, Mobbing etc.) zur Verfügung.

Im Rahmen des Whistleblowing-Prozesses werden folgende Zwecke verfolgt:

- Einhaltung der EU-Whistleblower-Richtlinie und des Hinweisgeberschutzgesetzes
- Bereitstellung einer Meldemöglichkeit für den Whistleblowing-Prozess über ein Portal (anonym und nicht anonym) sowie persönlich
- Bearbeitung von Meldungen
- Prüfung der Plausibilität von Hinweisen
- Aufklärung von Fehlverhalten und Einleitung von Ermittlungsverfahren
- Verhinderung von zukünftigem Fehlverhalten
- Umsetzung der Mitwirkungspflichten gegenüber Strafverfolgungsbehörden

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bilden:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO – Erfüllung rechtlicher Bestimmungen (i.V.m der EU-Whistleblowing Richtlinie und dem Hinweisgeberschutzgesetz). Des Weiteren kann die Offenlegung personenbezogener Daten im Rahmen behördlicher oder gerichtlicher Maßnahmen erforderlich sein.
- Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO – In allen übrigen Fällen beruht die Verarbeitung auf unserem berechtigten Interesse an der effektiven Kommunikation und Bearbeitung der an uns gerichteten Hinweise. Weiter haben wir ein berechtigtes Interesse an der Aufklärung von Fehlverhalten innerhalb des Unternehmens. (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO).
- Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO – Sofern eine entsprechende Einwilligung abgefragt wurde, erfolgt die Verarbeitung ausschließlich auf Grundlage Ihrer erteilten Einwilligung. Die Einwilligung ist jederzeit widerrufbar.
- Art. 88 DSGVO – Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext (z. B. Kollektivvereinbarungen).

Kategorien personenbezogener Daten

Hinweisgeber können sowohl anonym als auch unter Verwendung ihrer persönlichen Daten im Hinweisgebersystem kommunizieren.

Sollte ein Hinweis nicht anonym erfolgen, werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Bestandsdaten
- Kontaktdaten
- Inhaltsdaten
- Meta-/Kommunikationsdaten
- alle weiteren Daten, die bereitgestellt werden

Weiter werden folgende personenbezogene Daten der Beschuldigten verarbeitet:

- Bestandsdaten
- Kontaktdaten
- Inhaltsdaten
- alle weiteren Daten, die bereitgestellt werden

Quellen personenbezogener Daten

Wir erheben die personenbezogenen Daten direkt beim Hinweisgeber (durch die Bereitstellung) und bei der beschuldigten Person. Die Daten werden über ein Online-Formular mittels Online-Tool oder auch mündlich erhoben.

Empfänger personenbezogener Daten

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur zu den oben beschriebenen Zwecken. Ihre Daten werden an folgende Stellen weitergegeben:

- Dienstleister, die wir im Rahmen von Auftragsverhältnissen nutzen
- mit uns gemeinsam Verantwortliche
- zuständige interne Beschäftigte (z. B. interne Ermittler)
- zuständige Whistleblowing-Beauftragte

In speziellen Fällen, bei denen eine entsprechende Autorisierung (z. B. richterliche Verfügung) vorliegt:

- Behörden: z. B. Gerichte, Strafverfolgungsbehörden
- externe Meldestelle

Datentransfer in ein Drittland

Ihre Daten werden in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR (Drittländer) nicht übermittelt.

Speicherdauer

Die erhobenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Nach § 11 HinSchG: Die Dokumentation wird drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach diesem Gesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

Betroffenenrechte

Folgende Rechte stehen Ihnen nach der Datenschutz-Grundverordnung zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Erteilte Einwilligungen können jederzeit widerrufen werden (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Ferner besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO).

Automatisierte Entscheidungsfindung

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.

Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Sie sind nicht zur Bereitstellung der Daten verpflichtet, jedoch können in diesem Fall bestimmte Vorgänge nicht bearbeitet werden.